Schwarz-blau in OÖ: Koalition gegen die ArbeitnehmerInnen!

Oberösterreich steht vor einer Neuauflage von Schwarz-blau. Für ArbeitnehmerInnen ist das eine schlechte Nachricht: ÖVP und FPÖ setzen ihren konservativen Kurs fort. Vieles, worauf die ArbeitnehmerInnen in diesem Land warten – bessere Kinderbildung und -betreuung, bessere Arbeitsbedingungen für die Pflege – hat nun kaum mehr Chancen auf Umsetzung.

Es wurde nur wenig sondiert und schon wenige Tage nach der Landtagswahl starten ÖVP und FPÖ erneut Koalitionsverhandlungen. Für die meisten Menschen in diesem Land ist das keine Überraschung - haben doch beide Parteien stets durchklingen lassen, dass sie wieder miteinander wollen - aber doch eine schlechte Nachricht. Der konservative Kurs geht weiter, wichtige Anliegen der ArbeitnehmerInnen werden ungehört verhallen.

Schlechte Nachricht für Oberösterreichs Frauen

Während die oö. Sozialpartner gemeinsam am 4. Oktober Schritte zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen einfordern, betreibt man auf Regierungsebene wohl für weitere sechs Jahre konservative Frau-an-den-Herd-Politik. Während die Sozialpartner mit flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen Frauen die Teilnahme am Erwerbsleben erleichtern wollen, bilden die Anhänger von Kindergartengebühren eine Koalition gegen die Frauen.

Beschäftigte in der Pflege müssen weiter auf Verbesserungen warten

Eine schwarz-blaue Koalition in der Landesregierung bedeutet aber auch, dass sich für ArbeitnehmerInnen in Pflegeberufen wenig verbessern wird. Wichtige sozialdemokratische Forderungen, wie etwa ein neuer Pflegeschlüssel, um den ArbeitnehmerInnen ihren harten Job zu erleichtern und gleichzeitig die Bedingungen für die zu Pflegenden zu verbessern, rücken wieder in weite Ferne. „Viele wichtige Anliegen der ArbeitnehmerInnen werden ungehört verhallen“, urteilt FSG-Landesvorsitzender Andreas Stangl.

Eine schwarz-blaue Regierung wird ihren rückwärtsgewandten Kurs fortsetzen. Zukunft gestalten in Zeiten der Klimakrise und Digitalisierung sieht anders aus.

Andreas Stangl
FSG-Landesvorsitzender

Impressum: Medieninhaberin und Herausgeberin: Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Arbeiterkammer, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz